

Auer Tageblatt

1. Jahrgang...
Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: ...
Vertrieb: ...

Telegramme: ...
Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 173

Sonnabend, den 27. Juli 1929

24. Jahrgang

Guter Auftakt zum Kellogg-Pakt

Macdonalds Erklärung über die Einstellung der Bauarbeiten für zwei Kreuzer und andere Dampfschiffe hat in Amerika ein schnelles, allerdings wohl verarbeitetes Echo gefunden. Knapp vier Stunden nach dem Inkrafttreten des Kellogg-Paktes gab Präsident Hoover eine Erklärung heraus, worin die Einstellung der Arbeiten für drei Kreuzer mitgeteilt wird. In der Erklärung heißt es: Ich habe mit miltärischer Befriedigung die Erklärung gelesen, die der Vizepräsident im Unterhause abgegeben hat. Die amerikanische Nation fühlt sich hochgeehrt durch seinen glänzenden Besuch. Er wird herzlich willkommen sein. Macdonalds Erklärung bedeutet einen neuen Schritt in den Verhandlungen. Der Premierminister erörterte den Vorschlag der Parität, der namentlich angenommen ist und dessen Anwendung bedeutet, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten zulässig nicht mehr als mögliche Gegner in den Rüstungen konkurrieren, sondern als Freunde zusammenarbeiten werden, um die Rüstungen herabzusetzen. Macdonald hat den guten Willen und die positive Absicht der britischen Regierung durch die Einstellung des Baues geteilt. Teile des diesjährigen britischen Marineprogramms hinfällig. Es ist unser Wunsch, gleichen guten Willen bei der Behandlung des Problems zu zeigen. Wir haben drei weitere des diesjährigen Bauprogramms der staatlichen Marineverwerft in Auftrag gegeben. Die Entwürfe für sie sind augenblicklich in Vorbereitung. Die weltliche Rüstung würde bei normalem Verlauf im Herbst stattfinden. Allgemein gesprochen übersteigt die britische Kreuzerkraft im gegenwärtigen Zeitpunkt beträchtlich den amerikanischen Rüstungsstand, und der tatsächliche Bau dieser drei Kreuzer würde im Endeffekt an sich nicht eine Ungleichheit herbeiführen. Wir wünschen jedoch, daß unsere Verhandlungen mißverstanden werden, und wir werden bestreben, nicht zur Herstellung zu streben, bis eingehend geprüft worden ist, welche Wirkung ihr Bau auf ein endgültiges Abkommen über die Parität, das wir zu erreichen hoffen, haben würde. Allerdings gehen unsere Hoffnungen für eine wirkliche Einschränkung der Marinebauten mehr auf die letzten Baujahre des Marineprogramms, das 1928 beschlossen worden ist.

Konferenzort wahrscheinlich Haag

Reuter erfährt über die Vorgesprächen zur Wahl des Ortes für die Reparationskonferenz, es sei wahrscheinlich, daß die Wahl auf den Haag fallen würde. Die britische Regierung bestrebt sich nicht mehr auf London als Konferenzort. Die Konferenz werde wahrscheinlich am 8. August eröffnet werden.

Französische Schulpropaganda

In einer Sitzung des Bundesrates wurde die Frage der französischen Schulen im Saargebiet aufgeworfen. Abgeordneter Martin (Zentrum) teilte aus der jüngsten Zeit ausführliches Material über die neu auslebende Propaganda der französischen Verwaltung für die Dominikanschen mit. Namentlich beschäftigte er sich mit den Verhältnissen auf den Gruben Welfen und Postenbach, wo man durch Fragebogen bei den Bergarbeitern feststellen bemüht war, wer seine Kinder in die französischen Schulen senden wollte. Dabei sei es auch zu Drohungen mit Entziehung der Dienstwohnung und sogar mit Entlassung gekommen. In Postenbach unterhalte der Leiter der Schule sogar ein regelrechtes Lagerbüro, auf dem diejenigen Arbeiter sofort eingestellt wurden, die ihre Kinder in die französische Schule senden und dem Saarbund, der französischen Propagandaorganisation, beitreten wollten. Dem Eltern sei hier auch mehrmals ein Termin gestellt worden, bis zu dem alle Kinder in der französischen Schule sein müßten. Freilich seien nur zwei Kinder dieser Aufforderung gefolgt und auch da nur unter wirtschaftlichem Druck. Diesem Treiben müsse die Regierungskommission ein Ende machen. Einige Redner betonten, daß das Verhalten der Bergwerksverwaltung ein so merkwürdiges sei, als sie doch nicht annehmen könne, daß zur Volksabstimmung aus einem deutschen Bergmannszug ein französischer Wähler gemacht werde. Ein Vertreter der deutschen saarländischen Volkspartei betonte, daß die Regierungskommission pflichtwidrig handele, denn schon im November 1924 sei ihr die Befestigung dieses Druckes vom Völkerverbund zur Pflicht gemacht worden.

Kein Geheimverbot des preußischen Innenministers.

Mit Bezug auf die gestrige Mitteilung der Roten Fahne, daß ein Geheimverbot des preußischen Innenministers Orgelsin den Runderlaß aufgehoben habe, wonach alle Transittransporte von Waffen und Munition nicht mehr dem Auswärtigen Amt mitgeteilt zu werden brauchen, erfahren die Blätter von zuständiger Stelle, daß von einem Geheimverbot nicht die Rede sein könne. Nach dem Gesetz über den Waffenhandel nach China mußten alle Transittransporte von Waffen durch Deutschland den zuständigen Landesbehörden angemeldet werden. Die Landesbehörden hatten davon dem Auswärtigen Amt Mitteilung zu machen. Da dieses Gesetz automatisch abgelaufen ist, fällt die Benachrichtigung des Auswärtigen Amtes fort.

Die Krankheit Polnarski.

Die „Matin“ berichtet, handelt es sich bei der Erkrankung Polnarski um eine Darmvergiftung. Schon vor zwei Jahren litt Polnarski an dieser Krankheit. Die Ärzte werden morgen bestimmen, ob und wann der Ministerpräsident seine Tätigkeit wieder aufnehmen darf. Einige Blätter glauben, daß dies frühestens am Montag geschehen wird.

„Ägypten soll innenpolitisch absolut unabhängig werden“

Lord Lloyds Rücktritt

Im englischen Oberhaus fand eine kurze Aussprache über den Rücktritt Lord Lloyds statt. Lord Salisbury fragte die Regierung, ob sie in der Lage sei, eine Erklärung über die Gründe anzugeben, die sie zu einem so folgenschweren Schritt, wie es der erzwungene Rücktritt Lord Lloyds sei, veranlaßt hätte. Das Oberhaus wünschte zu wissen, warum der Außenminister es für notwendig gehalten habe, Lord Lloyd seines bekannten Telegramms zu schiden, und warum Lord Lloyd auf Grund der daraus folgenden Unterhaltungen mit dem Außenminister erklären konnte, er halte sich davon überzeugt, daß er nicht länger in Harmonie mit der neuen Regierung zusammenarbeiten könne. Ferner fragte Lord Salisbury, ob eine Veränderung der englischen Politik Ägypten gegenüber eingetreten sei; er ersuchte die Regierung, falls dies der Fall sein sollte, auch darüber eine Erklärung abzugeben. Weiter betonte er, die Opposition werde von einer Verdäuflichung der Schriftsätze, die während der letzten Monate zwischen Lord Lloyd und der Regierung ausgetauscht wurden, absehen. Lord Balfour, der für die Regierung erwiderte, betonte zunächst, daß eine Veränderung der Regierungspolitik nicht stattgefunden habe, und daß die Politik der Arbeiterpartei nach wie vor durch die Regierungserklärung vom Jahre 1924 gekennzeichnet werde. Es sei kein Grund zur Annahme vorhanden, daß ein Wechsel in der englischen Politik gegenüber Ägypten eingetreten sei.

Die Politik der Arbeiterpartei Ägypten gegenüber werde sich an außenpolitischen Fragen von der bisherigen nicht unterscheiden. Dagegen werde die Arbeiterregierung bezüglich der Innenpolitik Ägyptens das Ziel verfolgen, Ägypten absolut unabhängig zu machen.

Lord Balfour wies sich dann energisch gegen den Vorwurf, die Regierung habe den Rücktritt Lord Lloyds provoziert. Das Auswärtige Amt habe Lord Lloyd mit der allergrößten Höflichkeit behandelt und alle Mitglieder der gegenwärtigen Regierung bedauerten, daß Lord Lloyd es für notwendig erachtet habe, von seinem Posten zurückzutreten. Man könne der Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß sie nicht mehr an einer Politik festhalte, die sie als falsch erkannt habe. Auf das Telegramm Lord Balfours, daß Lord Balfour das entscheidende Telegramm des Außenministers vom 8. Juli, das Lord Lloyd veranlaßt, sofort nach London zu kommen, dem Oberhaus vorzulegen, teilte dieser mit, daß er dieses Telegramm noch nicht gesehen habe. Auf mehrere Anfragen Lord Balfours und Lord Balfours erklärte Lord Balfour nochmals, die Arbeiterregierung werde keinen Kurswechsel gegenüber Ägypten vornehmen, da auch die konservative Regierung bereit gewesen sei, in innenpolitischer Beziehung Ägypten die volle Selbstverwaltung zu geben. Die gegenwärtige Regierung habe den gleichen Wunsch, nur werde ihr Weg ein anderer sein.

Die Lage in der Mandschurei

Meldungen aus Chabarowsk zufolge dauern in der Mandschurei die von Gewalttaten begleiteten Massenverhaftungen von Sowjetbürgern an. Die Polizei unternimmt längs der Linie der ostchinesischen Bahn Streifzüge, um der Arbeit ferngeleitene Eisenbahner zu verhaften. Die Sowjetrussischen Angestellten der ostchinesischen Bahn verlassen ungeachtet der Drohungen der chinesischen Behörden die Arbeitsplätze und fliehen auf Sowjetgebiet. Am Donnerstag wurden 40 verhaftete Arbeiter und Eisenbahnangestellte, darunter viele schwer gefesselt und ohne Nahrung, unter verstärkter Bewachung aus Pogranitschnaja nach Chardin abtransportiert. In Pogranitschnaja stecken gebliebene Eisenbahnertrupps der ussrischen Bahn wurden von den chinesischen Behörden verhaftet und in unbekannter Richtung abtransportiert. Die Gesamtzahl der während der letzten Tage verhafteten Personen beträgt einige Hundert. Längs der Nischinabahn sind weißgardistische Banden zum Ueberfall auf Sowjetgebiet bereitgestellt. Es verlautet, daß einige Banden gegen die Sowjetgrenze vorrücken.

Belastung von Sowjetfluggen durch chinesische Truppen.

Nach einem aus der Mandschurei eingetroffenen Telegramm haben chinesische Truppen fünf Sowjetflugzeuge beschossen, die am frühen Morgen Mandschuri überflogen. Eine der Beträge „Nitschintshi“ aus Mandschuri übermittelte Meldung besagt, daß es zu einem Feuergefecht zwischen chinesischen und Sowjettruppen gekommen sei, als 16 Sowjetflugzeuge um 6 Uhr über der Stadt erschienen. Die Bevölkerung sei durch den Anblick der Flugzeuge in Bestürzung versetzt wurden.

Ausreise des chinesischen Geschäftsträgers aus Moskau

Das Personal der chinesischen Botschaft in Moskau reiste unter Führung des Geschäftsträgers Saitowitsch über Weningrad nach Finnland, nachdem alle Ämter der deutschen Botschaft übergeben worden waren.

Unterredung des französischen Gesandten mit dem chinesischen Außenminister

Havas meldet aus Schanghai: Der französische Gesandte hatte heute vormittag eine Unterredung mit Außenminister Wang über die Frage der ostchinesischen Eisenbahn. Außenminister Wang gab seiner Dankbarkeit über das mäßige Eingreifen Brands in die letzten Ereignisse Ausdruck und wies darauf hin, daß die Kanting-Regierung direkt mit Moskau verhandeln zu können glaube, weil sie davon überzeugt sei, daß der Konflikt auf friedlichem Wege gelöst werden könne. Die politischen Kreise Kantings, so berichtet Havas weiter, sind hinsichtlich der in der Mandschurei zu treffenden Maßnahmen geteilter Ansicht. Die rechte Gruppe mit Sun Fo befaßt sich mit der Belassung der Eisenbahn, während die sowjetfreundliche Kreise unter dem Einfluß des Außenministers, der den Vertrag von 1924 abgefaßt hat, die Rückkehr zum Status quo für notwendig erklären. Tschiang-kaisch schwant. Im übrigen ist niemand für Anwendung von Waffengewalt.

Ruhe in Chardin

Havas meldet aus Muden: Entgegen anderslautenden Gerüchten ist die Lage in Chardin sehr ruhig. Urteilsfähige Beobachter glauben, daß eine beträchtliche Entspannung eingetreten sei. Das Zusammentreffen des Gouverneurs von Aitun und des Oberkommandierenden der an der mandschurischen Grenze mobilisierten Armeen mit dem Sowjetkonsul in Chardin scheint die Hoffnung auf Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechtfertigen.

Amerikas Bemühungen um Erhaltung des Friedens im fernen Osten

Zum russisch-chinesischen Konflikt wurde im Staatsdepartement erklärt, man arbeite nach wie vor intensiv an den Bemühungen um die Erledigung dieser Differenz, könne jedoch Einzelheiten noch nicht bekannt geben. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens sowie der deutsche Geschäftsträger wurden zum Staatssekretär Stimson gebeten und hatten eine längere Unterredung mit ihm.

Keine deutsche Vermittlung im russisch-chinesischen Konflikt

Die Gerüchte von einer Aufforderung zu einer deutschen Vermittlung im russisch-chinesischen Konflikt sind nicht begründet. Es hat den Anschein, als ob es zwischen den beiden Parteien zu direkten Verhandlungen kommen wird.

16 Weißgardisten hingerichtet

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit: Aus Chabarowsk wird gemeldet: Die staatliche politische Verwaltung stellte fest, daß seit Juni russische weiße Emigranten mit direkter Unterstützung chinesischer Behörden eine rege Tätigkeit an der Sowjetgrenze des fernen Ostens zu entwickeln begannen. In der Nacht vom 21. zum 22. Juni überfiel eine bewaffnete Bande Kasarows einen Sowjet-Grenzposten im Bezirk von Wadwostok. Am 12. Juni überschritt eine andere bewaffnete Bande die Sowjetgrenze in der Gegend von Tschita. Am 22. Juli wurde bei der Grenzüberschreitung in Transbaikalien eine dritte, stark bewaffnete Gruppe Weißgardisten festgenommen. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Banden mit voller Unterstützung chinesischer Behörden die Grenze überschritten, um Eisenbahnbrücken und Munitionsdepots zu sprengen, andere Umschlüge zu verüben sowie weißgardistische Banden aus Verbrederelementen zu rekrutieren. Vom 17. bis 20. Juli wurden im Umkreisgebiet eine Reihe russischer Weißgardisten festgenommen, die die Grenze zu dem gleichen Zweck überschritten hatten.

Die staatliche politische Verwaltung verurteilte in der Gerichtsung vom 23. Juli von den festgenommenen Weißgardisten 16 zum Tode darunter den ehemaligen Oberst Duganow, der mehrmals die Sowjetgrenze überschritten und terroristische Handlungen auf dem Sowjetgebiet verübt und der mit dem Generalstab der chinesischen Armee in Muden in Verbindung gestanden hatte. Unter den zum Tode Verurteilten befinden sich auch Rasobrefew, der aus Paris nach Chardin kam, Terrorakte in der Sowjetunion zu